

Östliche Partnerschaft

Barbara Lippert

Die Östliche Partnerschaft (ÖP) ist eine spezifische Dimension der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP), die seit 2009 auf die sechs östlichen Nachbarn Moldau, Belarus, Ukraine, Georgien, Armenien und Aserbaidschan gerichtet ist.¹ Die ÖP hat vornehmlich eine bilaterale Ausprägung: Stabilität, Resilienz und eine demokratische Entwicklung sollen gefördert werden, ohne die Region als einen politischen Block zu behandeln. Unterschiede und Abstufungen spiegeln sich in den jeweils zugeschnittenen bilateralen Vertragsrahmen wider. Ergänzend kommt die regionale Komponente der ÖP hinzu, die auf gemeinsamen und individuellen Beteiligungsmöglichkeiten beruht. Belarus, noch mit EU-Sanktionen belegt, nimmt an multilateralen Elementen der ÖP teil. Angesichts der Unterschiede in den bilateralen Beziehungen wirkt die ÖP als eine alle verbindende Klammer.

Gipfelvorbereitungen

Die regionale Komponente der ÖP beschränkt sich nicht auf operative Zusammenarbeit von Ländern; sie hat auch ein politisches Profil entwickelt. Dies wird bei den alle zwei Jahre stattfindenden Gipfeltreffen deutlich. Der nächste im November 2017 stattfindende Gipfel in Brüssel wurde im Juni 2017 durch die Außenminister der EU- und ÖP-Staaten vorbereitet.² Sie bezogen sich auf eine Kommissionsvorlage vom Dezember 2016, in der konkrete Maßnahmen und Ziele bis 2020 vorgeschlagen wurden.³ Die „20 deliverables for 2020“-Agenda verteilt sich auf vier Prioritäten: wirtschaftliche Entwicklung und Marktchancen, Stärkung der Institutionen und guter Regierungsführung, einschließlich der Sicherheitskooperation, Konnektivität, Energieeffizienz, Umwelt und Klimawandel sowie Mobilität und direkte persönliche Kontakte. Hinzu kommen drei übergreifende Ziele wie strategische Kommunikation, die den Kenntnisstand der BürgerInnen und die Glaubwürdigkeit der Union verbessern soll. Dazu wurde im Europäischen Auswärtigen Dienst die East Stratcom Task Force eingerichtet, die der zumeist russischen Desinformation und hybriden Kriegsführung eigene Informationsangebote entgegensetzt. Die ÖP soll als Marke in Erscheinung treten und so öffentlich besser wahrgenommen werden.

Die jeweiligen Verpflichtungen betreffen Kernthemen wie die Implementierung von Justizreformen, den Ausbau von Energieinfrastruktur oder Initiativen wie „Bürgermeister für Wirtschaftswachstum“. Für jedes der 20 Ziele wird ein Plan aufgestellt, auf dessen Basis 2020 Bilanz gezogen werden kann. Die Maßnahmen sind teils grenzüberschreitend angelegt, werden von allen geteilt, aber national umgesetzt oder sind Teilkooperationen unter den Sechs.⁴ Es gilt das Prinzip der freiwilligen Selbstverpflichtung, sodass die unter-

1 Vgl. ausführlich den Beitrag „Europäische Nachbarschaftspolitik“ in diesem Buch.

2 Rat der Europäischen Union: Mitteilung an die Presse. Wichtigste Ergebnisse der Ministertagung der Östlichen Partnerschaft, 19. Juni 2017, Dok. 379/17.

3 European Commission: Eastern Partnership – Focusing on key priorities and deliverables, Dok. SWD(2016) 467 final.

4 Camille-Cerise Gessant: EU and its partners reaffirm their commitment to close cooperation, in: Bulletin Quotidien Europe, 21.6.2017.

schiedlichen Präferenzen und auch die Bereitschaft zur Kooperation nicht blockierend wirken. Immerhin gelang es, alle unter dem Rubrum „20 for 2020“ zu einen.

Der gewählte Ansatz entspricht der Grundidee der überarbeiteten ENP, die pragmatischer, realistischer in den Zielen und ergebnisorientierter werden soll. Für die Überprüfung spielen die regelmäßigen bilateralen Treffen auf Arbeits- und politischer Ebene eine wichtige Rolle. Aufgabe der Kommission ist insbesondere, auf die Verzahnungen zwischen bi- und multilateralen Aktivitäten und Reformprogrammen hinzuwirken. Auch die finanzielle Unterstützung durch das European Neighbourhood Instrument (ENI) zielt darauf ab: Zwischen 2014 und 2017 sollen 140 bis 170 Mio. Euro für Armenien, 77 bis 94 Mio. für Aserbaidschan, 71 bis 89 Mio. für Belarus sowie jeweils 355 bis 410 Mio. für Georgien und Moldawien aufgewendet werden. Hinzu kommen bis zu 1 Mrd. Euro für die Ukraine in den Jahren 2014 bis 2020.⁵

Beim jährlichen Ministertreffen im Juni 2017 haben sich die 34 Staaten vorgenommen, die multilateralen Strukturen der ÖP zu verbessern. Der Rat hat sich eingehend mit der ÖP und der Gipfelvorbereitung befasst und will die sicherheitspolitische Kooperation stärken und die friedliche Beilegung der Konflikte unter ÖP-Staaten fördern.⁶

Die Infrastruktur der Östlichen Partnerschaft

Unter der ÖP sind eine Reihe von Formaten und Aktivitäten geschaffen worden, die eine gefestigte Infrastruktur ergeben. Dazu zählen bilaterale Tagungen, Treffen der Europaabgeordneten mit denen der ÖP-Länder (Parlamentarische Versammlung EURO-NEST), auf städtischer und kommunaler Ebene die Konferenz CORLEAP und ferner das Zivilgesellschaftliche Forum. Die Europäische Union hat die Verbindungen zu Nichtregierungsorganisationen in den ÖP-Ländern ausgebaut und den direkten Dialog mit der Bevölkerung verstärkt. Hinzu kommen Panels und Plattformen, die das operative und praktische Wurzelwerk der ÖP ausmachen.⁷ Im Rahmen der ÖP treffen sich nicht nur die Außenminister, sondern auch die Justiz- und Innenminister regelmäßig.⁸ Zentral ist hier auch die langjährige Zusammenarbeit beim integrierten Grenzmanagement. Im Oktober 2016 trafen sich erstmals die ÖP-Minister für Umwelt und Klimawandel.⁹

Der Ruf nach einer Beitrittsperspektive für fortgeschrittene ÖP-Länder hat inzwischen auch unter den Visegrád- und den baltischen Staaten nachgelassen. Der Trend zur Versicherheitlichung der ENP und ihrer Einbettung in die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik zeichnet sich in der ÖP aber noch nicht eindeutig ab.

Weiterführende Literatur

Elena Korosteleva/Igor Merheim-Eyre/Eske van Gils (Hrsg.): The Politics and 'The Political' of the Eastern Partnership Initiative: Re-shaping the Agenda, in: East European Politics 3/2017.

-
- 5 European Commission: Support for the Eastern Partnership. Stories, facts and figures from the European Neighbourhood Instrument 2014.
 - 6 Council of the European Union: Council Conclusions on Eastern Partnership. 3498. Council Meeting. Foreign Affairs. Brussels, 14 November 2016, Dok. 14244/16; Ebd.: Outcome of the Council Meeting. 3535. Council Meeting. Foreign Affairs. Brussels, 15 May 2017, Dok. 9226/17, S. 5.
 - 7 Allein für die erste Hälfte des Jahres 2017 werden von der Kommission 40 „multilaterale Events“ aufgelistet. Siehe EEAS: Eastern Partnership Multilateral Events – 1st half of 2017, 15 February 2017.
 - 8 Zuletzt im Juli 2017 in Tallinn, siehe Presidency statement of the EU and Eastern Partnership justice and home affairs ministers' meeting, press release, 7 July 2017.
 - 9 Europäische Kommission: Die EU und ihre östlichen Partner intensivieren die Zusammenarbeit im Bereich der Umwelt- und Klimapolitik, 18. Oktober 2016, IP/16/3443.